

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/185

Bonn, den 30. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 1a	<u>G E N F</u>	61
	Der deutsche Erfolg auf der Konferenz der nichtnuklearen Staaten	
1 a	<u>G R I E C H E N L A N D</u>	21
	"Volksabstimmung" - kein Ruhmesblatt für die Militärjunta	
2 - 2a	<u>Stabile Demokratie</u>	62
	Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Niedersachsen	
3 - 4	<u>Schmücker ohne Erfolg</u>	63
	Seine Ausflüge in die niedersächsische Landespolitik erweisen sich als Irrwege	
5 - 6	<u>Auf der Suche nach dem neuen Leser</u>	92
	Sozialistische Verleger und Buchhändler ziehen die Konsequenzen der Frankfurter Buchmesse - Neue Chancen und neue Wege Von Wolfgang Tschechne	

*

*

*

G E N F

Der deutsche Erfolg auf der Konferenz der nichtnuklearen Staaten

sp - Regierungserklärung und Bundestagsdebatte, de Gaulle-Besuch in Bonn und EWG-Ministerratssitzung in Brüssel haben in der vergangenen Woche ein Ereignis etwas in den Schatten gestellt, das ohne Zweifel zu den hervorragendsten Erfolgen der deutschen Außenpolitik seit Gründung der Bundesrepublik gehört. Das ist der Abschluß der Genfer Konferenz der 92 nichtnuklearen Staaten, von denen eine große Mehrheit für eine EntschlieÙung der deutschen Delegation stimmte, die folgende Grundsätze für die internationale Politik festlegt:

- * Selbstbestimmungsrecht aller Völker
- * Territoriale Integrität
- * Aberkennung jeden Rechts auf Intervention in innere Angelegenheit der Staaten
- * Verzicht auf Gewaltanwendung als Mittel der Politik.

Oberflächlichen Beobachtern des Zeitgeschehens mag eine solche von der Delegation der Bundesrepublik zur Abstimmung vorgelegte und mit großer Mehrheit angenommene Resolution vor einem Forum der UNO vielleicht als eine mehr oder weniger platonische Erklärung erscheinen. Will man jedoch diese EntschlieÙung und das Abstimmungsergebnis richtig würdigen, dann muß man sich folgende Tatsachen vor Augen halten.

Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik konnte ein deutscher Außenminister vor einer UEC-Versammlung die deutsche Politik unter großer Zustimmung der meisten Delegationen erläutern und bestimmte Richtpunkte für unsere Vorstellungen zur Lösung internationaler Probleme setzen. Die am 3. September 1968 von Bundesaußenminister Willy Brandt gehaltene Rede wurde inzwischen in 26 Sprachen übersetzt und macht die Runde durch die Welt; und dies, obwohl die Bundesrepublik nicht Mitglied der UNO ist!

Die Delegationen der kommunistisch regierten Staaten hatten in Genf keine Mühe gescheut, um eine Abstimmung über die von der deutschen Delegation eingebrachte Resolution zu verhindern. Als sie dieses Ziel nicht erreichen konnten, versuchten sie, besonders die Delegationen der Staaten der Dritten Welt dazu zu veranlassen, gegen den deutschen Resolutionsantrag zu stimmen. Man wußte natürlich genau, was eine Mehrheit für diese EntschlieÙung bedeutet: Eine klare Absage an die militärische Intervention der fünf Warschauer Paktstaaten in der Tschechoslowakei.

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal an den Besuch von 62 Genfer Delegierten im Atomforschungszentrum Karlsruhe erinnert, zu dem Bundesaußenminister Willy Brandt die Konferenzteilnehmer

eingeladen hatte. In Karlsruhe konnten sich die Experten aus vielen Ländern davon überzeugen, wie ernst es die Bundesregierung mit ihrem Versprechen meint, die Ergebnisse der deutschen Atomforschung zu friedlichen Zwecken allen Staaten, die es wünschen, vorbehaltlos zur Verfügung zu stellen.

Man darf davon ausgehen, daß die Resultate der Genfer Konferenz von 92 nichtnuklearen Staaten und vor allem die Zustimmung zum deutschen Resolutionsentwurf auf die atomaren Großmächte bei den kommenden Beratungen über den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ihren Eindruck nicht verfehlen werden. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß die Nuklearmächte nicht allzu glücklich über die Genfer Willensbekundung der nichtnuklearen Staaten sind. Aber vielleicht erkennt man jetzt, daß die Sicherung des Friedens nicht nur eine Aufgabe der Großmächte sein kann; auch kleinere und mittlere Staaten und vor allem jene Staaten, die nicht einem der großen Militärblocke angehören, können - wenn sie wollen - ihren Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Politik zur Geltung bringen. Daß die Bundesrepublik hierbei eine wichtige Rolle spielen konnte, darf als Zeichen dafür gewertet werden, wie sehr die deutschen Bemühungen um eine gerechte Friedensordnung beachtet werden.

+ + +
G R I E C H E N L A N D

"Volksabstimmung" - kein Ruhmesblatt für die Militärjunta

sp - Die neue griechische von der Militärdiktatur dem Volk vorgelegte Verfassung hat erwartungsgemäß die Zustimmung der Wähler erhalten. Berücksichtigt man jedoch die Tatsache, daß die Militärjunta seit Wochen einen unvorstellbaren Propagandarummel entfaltet hatte, daß es keine legale Opposition in Griechenland gibt, die öffentlich gegen den Verfassungsentwurf Stellung nehmen konnte und stellt man außerdem in Rechnung, daß der griechische Wähler bis zu einem Jahr Gefängnis bekommen kann, wenn er nicht zur Wahl geht, dann ist das Ergebnis dieser sogenannten Volksabstimmung für die Beherrscher Griechenlands kein Ruhmesblatt. Fünf Prozent Gegenstimmen und 25 Prozent Nichtwähler bedeuten praktisch 30 Prozent Opposition. Hinzu kommt noch, daß die Mehrzahl der Auslandsgriechen ihre Stimmen nicht abgeben konnten. Allein in der Bundesrepublik wären - schlecht gerechnet - zu den fünf Prozent NEIN-Stimmen und den 25 Prozent Stimmenthaltungen mindestens noch acht Prozent Nein-Stimmen hinzugekommen.

Die Militärjunta feiert natürlich ihren Sieg über das Volk. Froh kann sie dabei nicht werden, weil jetzt die ganze Welt weiß, daß selbst unter stärkstem Druck durchgeführte Wahlen und eine alles bisher Dagewesene in den Schatten stellende Propaganda nicht ausreichen, um die Opposition ganz zum Schweigen zu bringen.

+ + +

Stabile Demokratie

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Niedersachsen

sp - Im Stammland des deutschen Rechtsradikalismus der Nachkriegszeit, in Niedersachsen, mußte die Nationaldemokratische Partei (NPD) bei den Kommunalwahlen ziemlich viele Federn lassen. Ihre hochgeschraubten Erwartungen gingen nicht in Erfüllung, sie mußte sogar im Vergleich zu den Landtagswahlen trotz verhältnismäßig großer Wahlbeteiligung einen Rückschlag von fast zwei Prozent hinnehmen. Das will viel heißen. Dieses Ergebnis kann zur Beruhigung der politischen Atmosphäre beitragen. Gerade auf Niedersachsen, dem Land mit der längsten Demarkationslinie auf deutschem Boden, setzte Herr von Thadden große Hoffnungen. Er hatte in seinen Wahlversammlungen den Mund ziemlich voll genommen und erwartete mindestens für seine Partei in Prozentzahlen ein Ergebnis in der Größenordnung der letzten Landtagswahlen von Baden-Württemberg und Bayern. Doch nichts dergleichen. Von Thadden muß sich mit dem doch recht bescheidenen Satz von 5,2 Prozent begnügen.

Ohne Zweifel wirkten sich bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen die unbestreitbaren Erfolge der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition aus, für die der Sozialdemokrat Professor Schiller als Bundeswirtschaftsminister verantwortlich zeichnet. Die Schar der Unzufriedenen und derjenigen, die vor zwei Jahren um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bangten oder durch die Rezession auf die Straße geworfen wurden, ging zurück. Aus ihr konnte die NPD keinen Honig saugen. Es lohnt sich, eine gute Wirtschaftspolitik zu betreiben, sie vermindert die Gefahr, daß größere Schichten unseres Volkes dem Radikalismus jeglicher Observance in die Arme getrieben werden.

Das zweite hervorstechende Ergebnis dieser Kommunalwahlen ist das gute Abschneiden der Sozialdemokraten. Gewiß haben sie in

einigen Städten wie Cuxhafen und Delmenhorst schmerzliche, freilich örtlich bedingte Einbussen, doch konnten sie sich insgesamt mit 41,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen als stärkste Partei behaupten und ihren Vorsprung vor der CDU behalten, auf die 38,9 Prozent der Stimmen entfielen. Die FDP kann zufrieden sein. Sie konnte im Vergleich zu den Landtagswahlen ihren Stand absichern, ihr Wählerreservoir unterlag nicht den Versuchungen der NPD, wie es einige befürchteten.

Die Behauptung der Sozialdemokraten als stärkste Partei erklärt sich wohl aus ihrem wiedergewonnenen kraftvollen Selbstvertrauen. Sie führte gerade gegen die NPD einen offensiven Wahlkampf. Von unschätzbarem Wert für die Beurteilung der Wähler waren und sind die sozialdemokratischen Leistungen in den Gemeinden und Städten. Sie stehen nicht auf dem Papier, sie sind allen erkennbar. Als Beispiel unter vielen sei nur die Landeshauptstadt Hannover erwähnt. Über 54 Prozent aller Wähler entschieden sich für die Sozialdemokraten. Wo in manchen Städten Rückschläge zu verzeichnen sind, handelt es sich wohl um Mängel der örtlichen Parteiorganisation; sie dürften als Ergebnis dieser Wahl recht bald und energisch behoben werden.

Insgesamt entfielen auf die demokratischen Parteien bei den Kommunalwahlen 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Diese demokratische Standhaftigkeit der überwältigenden Mehrheit ist ein Gewinn, der gewiß noch in der Auseinandersetzung mit einer bösartigen, gegen die Bundesrepublik gerichteten Propaganda zu Buche schlagen wird. Die NPD als Trumpfkarte in der Deutschlandhetze ist durch dieses Ergebnis stark entwertet worden.

Nun wird es darauf ankommen, daß sich die großen demokratischen Parteien bei der Wahl von Stadträten und Bürgermeistern nicht auseinanderdividieren lassen. Keiner auf der Liste dieser Parteien gewählter Vertreter sollte es notwendig haben, bei einer Bewerbung um höhere Posten auf die Hilfe der KPD angewiesen zu sein. Das würde Schatten auf das eindeutige Ergebnis dieser Wahl werfen. Hier gilt es noch, einer hier und da auftretenden Versuchung zu widerstehen. Die NPD muß isoliert bleiben.

+ + +

Schmücker ohne Erfolg

Seine Ausflüge in die niedersächsische Landespolitik
erweisen sich als Irrwege

W.L. - Seit der Bundestagsabgeordnete Kurt Schmücker aus dem katholischen Süldenburg vom Bundeswirtschaftsministerium in das Bundes-schatzministerium überwechselte, hat er in zunehmendem Maße versucht, sich in die niedersächsische Landespolitik einzuschalten, war dabei jedoch recht glücklos. Weder gelang es ihm, zum Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen gewählt zu werden - man zog ihm den 44-jährigen Rehwärkel-Meffen und Landwirtschaftsminister in Hannover, Wilfried Hasselmann, vor - noch hat er Chancen, einmal Kandidat der CDU für den Ministerpräsidentenposten in Niedersachsen zu werden, denn auch hier lief ihm der junge Bauer Hasselmann den Rang ab. Aber auch seine sonstigen, von seinen eigenen Parteifreunden oft als überraschend empfundenen Ausflüge in die niedersächsische Landespolitik zeitigten keine Erfolge. Schmücker mußte jeweils mit seinen Angriffen oder spektakulären Plänen den Rückzug antreten.

Eine Attacke Schmückers auf die niedersächsische Landesregierung aus SPD und CDU vor einigen Wochen ging gründlich daneben. Auf dem Parteitag der Oldenburger CDU hatte er dem Kabinett Diederichs vorgeworfen, es vernachlässige den Nordwesten des Landes und tue nicht genug für dessen wirtschaftliche Entwicklung. Außerdem versuche Finanzminister Kubel (SPD) ständig, die Politik des Wirtschaftsministers Möllers (CDU) zu blockieren. Dr. Diederichs (SPD) konterte geschickt mit dem Hinweis, er lasse sich bei dem guten Koalitionsklima zwischen SPD und CDU in Hannover nicht seinen Finanzminister gegen seinen Wirtschaftsminister ausspielen und verwies auf die wirtschaftlichen Nöte aller Teile seines armen Bundeslandes. Mit dem Hinweis auf die Finanznot Niedersachsens forderte er den Niedersachsen Schmücker auf, mehr als bisher in Bonn für seine Heimat tätig zu sein. Zugleich baute er dem gestrauchelten Bundesminister eine Eselsbrücke - Schmückers Ausserungen seien wohl mißverstanden worden. Schmücker nahm die Hilfestel-

lung an und schwächte in einem Brief an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Kultusminister Richard Langeheine (CDU), seine Vorwürfe flugs wieder ab. Er habe nicht die gegenwärtige, sondern frühere Landesregierungen (an denen die CDU nicht beteiligt war) gemeint. Der Streit endete nach Punkten für Diederichs.

In einer zweiten, diesmal das Zonengrenzgebiet betreffenden Frage mußte Schmücker nun auch zurückstecken. Im April hatte er auf dem Parteitag der Braunschweiger CDU den spektakulären Vorschlag gemacht, im Raum Salzgitter für die bundeseigene Salzgitter AG ein Atomkraftwerk zu bauen. Fachleute rechneten dem Bundesschatzminister jedoch sogleich vor, daß ein Atomkraftwerk nur bei einer Mindestleistung von 600 Megawatt rentabel arbeiten könne. Da die Salzgitter AG jedoch nur einen Bedarf von 120 Megawatt hat, hätte die überschüssige Strommenge einen anderen Abnehmer finden müssen. Dafür kam nur die Preußenelektra infrage, die jedoch sofort abwinkte und auf ihre 50-prozentige Tochter Braunschweigische Kohlen-Bergwerke und deren Stromerzeugungs-Kapazität in Helmstedt verwies. Die BKB und auch der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, für Vertriebene und Flüchtlinge Herbert Hellmann (SPD) wiesen den Schmücker-Plan deshalb zurück. Mit Recht betonten die BKB, daß ihr Strom aus Braunkohle immer noch konkurrenzlos sei und sie den Strombedarf der Salzgitter AG mühelos und preiswert mitdecken könnten. Ein Atomkraftwerk mit überschüssigem Strom hätte dagegen die mehr als 4.000 Arbeitsplätze am Zonenrand in Helmstedt erheblich gefährdet.

Nachdem auch die Gewerkschaften heftigen Widerstand angekündigt hatten, blies Schmücker zum Rückzug. Vor Journalisten meinte er jetzt in Hannover, mit dem von ihm genannten Raum Salzgitter als Standort für ein Atomkraftwerk habe er vielmehr das ganze südostniedersächsische Zonengrenzgebiet genannt. Über Standort und Kapazität eines solchen Werkes müßten nunmehr die Fachleute entscheiden. Noch am 2. Juli hatte Schmücker sich in Salzgitter dagegen verwahrt, "daß Fachleute den Politikern im voraus sagen wollen, was in der Gesamtplanung des Landes notwendig" sei. Dem Vernehmen nach sollen die Verhandlungen zwischen den BKB und der Salzgitter AG über einen Stromlieferungsvertrag in einem guten Klima verlaufen.

+ + +

Auf der Suche nach dem neuen Leser

Sozialistische Verleger und Buchhändler ziehen die Konsequenzen
der Frankfurter Buchmesse - Neue Chancen und neue Wege

Von Wolfgang Tschöckne

Wer soll das bloß alles lesen? Diese Frage ist ein bißchen
ängstlich auch in diesem Jahre wieder gestellt worden, als in Frank-
furt am Main der große Bücherherbst ausbrach. Eine Frage ist es
eigentlich nicht. Es ist mehr ein erstaunter, manchmal sogar ein fast
verzweifelter Ausruf mit Fragezeichen. Wer soll sich durch den all-
jährlichen Bücherberg hindurchfressen?

Die Welt des Buches hat in diesem Jahre ein neues Selbstver-
ständnis gefunden: Die Büchermacher wissen, daß sie nicht ins Blaue
oder ins Graue hinein produzieren. Das hat sie selbstsicher gemacht
und in die Lage versetzt, auf die obige Frage eine Antwort zu geben.
Sie wissen, wer das alles lesen soll - und lesen wird.

Noch nie sind in Deutschland so viele Bücher produziert worden
wie 1967: nämlich 30 683 Titel in der Bundesrepublik und Westberlin,
dazu noch etwa 7 000 Titel in der DDR. Und dazu wiederum gesteigerter
Export (244 Millionen DM; Vorjahr 208), wiederum gesteigerter Import
(120 Millionen DM; 101) - es steht also gut mit dem Buch.

Dazu nun hat in Frankfurt Professorin Elisabeth Noelle-Neumann
den gesellschaftlichen Hintergrund geliefert. Mit dem Instrumentarium
der Sozialforschung wurden von ihrem Allensbacher Institut drei Grund-
tatsachen (neben vielen anderen) festgestellt, drei Säulen, auf denen
das Buchgebäude recht sicher stehen kann. Zuerst: Die Hälfte aller
Buchkäufer heute hat Volksschulbildung. Zweitens: Junge Menschen lesen
viel mehr als ältere. Drittens: Je mehr Bücher ein Mensch besitzt,
desto mehr wünscht er sich noch dazu.

Mit solchen Erkenntnissen lassen sich endlich viele aus der Angst
herrührende Phrasen vom Tisch wischen. Zuerst gehört die falsche
Behauptung fort, die Deutschen seien ein Volk von Fernsehauffeln
geworden und schlugen kein Buch mehr auf. Das Gegenteil ist der Fall.
Das Fernsehen hat viel dazu beigetragen, dem Buch neue Chancen und
neue Leserschichten zu geben. Die Demokratisierung des Wissens und
die Bildungsexplosion - beides ja nicht zufällig im Fernsehzeitalter -
haben der Literatur insgesamt neue Aufgaben gestellt. Das Buch ist im
weitesten Sinne ein Mittel zur Lebensbewältigung geworden, und das
gilt nicht nur für das unterrichtende und informierende Buch, das
sogenannte Sachbuch; das gilt auch für die jetzt gar nicht mehr so
schöne Literatur. Die neuen Leser sehen im Bücherschreiber nicht mehr
den fast heiligen Dichter, der von hoher Warte herab die Harmonie der
Welt verkündet. Sie suchen den Schriftsteller, der ihnen die Konflikte
dieser Welt bewußt macht und ihnen so hilft, mit den Konflikten zu
leben. Sie erkennen, indem sie lesen, das Mitspracherecht des Schrift-
stellers bei den Fragen der Gesellschaft und ihrer Veränderung an.

Daß eine solche Wandlung auch eine Umfunktionierung des Buch-

handels und des Verlagswesens zur Folge haben muß, ist nur zu verständlich. Die hohe Prozentzahl "einfacher Leute", die heute schon ohne Scheu Buchhandlungen betreten, ist ein Beweis dafür, daß der Buchhändler davon abgerückt ist, sich nur als Gesprächspartner der Gebildeten zu verstehen.

Solche Themen standen im Vordergrund eines intensiven Meinungsaustausches, zu dem die Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler auch diesmal nach Frankfurt eingeladen hatte, um gemeinsam die neuen Aspekte literarischen Lebens zu durchdenken. Der Gesprächskreis war wiederum international zusammengesetzt, wobei besonders die skandinavischen Länder stark vertreten waren.

Von den schwedischen Mitgliedern der Gruppe ging denn auch eine Anregung aus, die von den deutschen Verlegern sofort aufgegriffen wurde. Die Schweden erklärten, daß sie dazu übergehen, in ihren Verlagen nicht nur abstrakte Darstellungen von gesellschaftlichen Vorgängen oder theoretische Schriften herauszubringen, sondern daß sie stattdessen konkrete Themen aufgreifen. Sie haben Erfolge mit Büchern, die das Zusammenleben der Menschen erklären, deuten und damit erleichtern.

Bei der Fachbesprechung wurde beschlossen, auf internationalem Gebiete noch enger aneinanderzurücken und beispielsweise eine jährliche Übersicht aller Titel bei den sozialistischen Verlegern zur gegenseitigen Hilfe zu veröffentlichen. Der deutsche Verleger Gustav Schmidt-Küster, der als kluger und lebhafter Gesprächsleiter fungierte, ging sogar noch einen Schritt weiter und trat für eine intensive Koproduktion der einzelnen Verlage auch über die Landesgrenzen hinweg ein.

Auch die künftigen Treffen der internationalen Gruppe wurden verabredet: Im Mai des kommenden Jahres soll in Alpbach/Tirol eine Arbeitstagung stattfinden, bei der besonders der Dialog mit der jungen Generation im Vordergrund stehen soll; ein großes Treffen wird die sozialistischen Verleger und Buchhändler aus Europa im Jahre 1970 dann in Frankreich zusammenführen, wobei Straßburg den krönenden Abschluß bilden wird.

Was über die neue Chance und die veränderte Aufgabe des Buches in Bezug auf die neuen Leser hierzulande und in Europa gesagt worden ist, das gilt in vergrößertem Maße für die Völker aus den Entwicklungsländern. Sie waren in Frankfurt - zum Beispiel Ghana, zum Beispiel Uganda - zum ersten Male dabei auf der Buchmesse. Sie konnten zum ersten Male Anregungen aufnehmen, die die Bücherwelt allein durch die Anschauung hier vermittelte. Die Frankfurter Manifestation des Buches wird und kann den in der Entwicklung befindlichen Nationen Erfahrungen mitteilen, die den Weg zu einer eigenen Buchproduktion erleichtern.

Eine Gruppe niederländischer Soziologen hat eine in diesem Zusammenhang wichtige Arbeit in diesen Tagen veröffentlicht. Es heißt darin: Die lesende Bevölkerung vergrößert sich in den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern der Welt fast übereinstimmend um jährlich ein Prozent; in den Entwicklungsländern aber wächst die Zahl der Leser jährlich um drei Prozent.

Die Zukunft des Buches, so möchte man meinen, hat noch gar nicht richtig begonnen.